

Schmiedtbauer: Anbauflächen für Lebensmittelversorgung mobilisieren

Straßburg. „Durch Putins Aggression haben sich sämtliche Rahmenbedingungen der EU völlig verändert. Die Katastrophe in der Ukraine hat enorme Auswirkungen auf die Lebensmittelproduktion. Wir müssen jetzt auf allen Ebenen unser Bestes geben, um die Versorgungssicherheit der Europäerinnen und Europäer mit Lebensmitteln und Energie sicherzustellen. Im Namen des Umweltschutzes stillgelegte Anbauflächen müssen vorübergehend wieder für die Lebensmittelproduktion genutzt werden. Das würde alleine in Österreich für die Produktion von beispielsweise über 22.000 Tonnen zusätzlichem Weizenmehl reichen“, sagt Simone Schmiedtbauer, ÖVP-Agrarsprecherin im Europaparlament. Sie hat gemeinsam mit der ÖVP-Delegation im Europaparlament eine schriftliche Anfrage an die EU-Kommission gerichtet, um Maßnahmen für die Gewährleistung der Lebensmittelversorgungssicherheit auf den Weg zu bringen.

„Der bewaffnete Konflikt in der Ukraine führt zu massiven Verknappungen von agrarischen Rohstoffen, insbesondere Weizen, von denen Europa stark abhängig ist. EU-Gesetzespakete für den Agrarsektor, wie die „Farm to Fork“-Strategie oder die Biodiversitätsstrategie des Green Deal müssen neu bewertet werden“, sagt Schmiedtbauer. „Ich fordere die Kommission dringend auf, stillgelegte EU-Anbauflächen vorübergehend für die Lebensmittelproduktion freizugeben, statt die Stilllegung weiter zu erhöhen. Alleine in Österreich könnte so eine Fläche von rund 7.800 Hektar zusätzlich bewirtschaftet werden, auf denen rund 27.000 Tonnen Weizen angebaut werden könnten. Die rund 45 Millionen Brote, die man damit backen könnte, wären ein wichtiger Beitrag zur Ernährungssicherheit in Europa und in der Welt.“

„Bereits jetzt reduzieren Landwirtinnen und Landwirte ihre Viehbestände. Mischfuttermittelwerke drosseln ihre Produktion. Die knapp vorhandenen Düngemittel sind unerschwinglich. Die Kommission muss handeln. Es braucht nicht nur Unterstützung für unsere vielen kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Familienbetriebe, sondern insbesondere auch für Konsumentinnen und Konsumenten, die mit steigenden Lebensmittelpreisen konfrontiert sein werden. Das haben wir als ÖVP-Delegation auch in einer Anfrage an die Kommission klargemacht. Wir haben nachgefragt, wie die Kommission unsere Lebensmittelversorgungssicherheit garantieren wird, welche Maßnahmen gegen Getreide- und Futtermittelknappheit geplant werden und wie eine echte Unterstützung unserer europäischen Landwirtinnen und Landwirte und der Konsumentinnen und Konsumenten angesichts der multidimensionalen Krise aussehen kann. Die Auswirkungen der russischen Aggression sind bereits jetzt spürbar. Daher müssen wir sofort handeln“, sagt Schmiedtbauer.